

**FORMBLATT**  
**Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren**  
**und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)**

**Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange**

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	<b>Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 2</b>
Belang	<b>Immissionsschutz</b>
Vorhaben	<b>Vorhaben "Sondergebiet Photovoltaikanlage beiderseits der Kreisstraße 6949" der Gemeinde Kloster Lehnin, Ortsteil Rietz</b>
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail: Aktenzeichen: (intern)	Maik Gruber T21 03391 838 537 TOEB@LfU.Brandenburg.de Stn. N036/23 T26

*Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.*

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

<b>1. Einwendungen</b>	
Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)	
<b>a) Einwendung</b>	
<b>b) Rechtsgrundlage</b>	
<b>c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)</b>	

<b>2. Fachliche Stellungnahme</b>	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

## 1. Sachstand

Antragsgegenstand ist der Bebauungsplan (B-Plan) "Sondergebiet Photovoltaikanlage beiderseits der Kreisstraße 6949" der Gemeinde Kloster Lehnin für ihren OT<sup>1</sup> Rietz

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst Flurstücke der Flur 1 in der Gemarkung Rietz mit einer Flächengröße von ca. 97,6 ha.

Das Aufstellungsverfahren erfolgt im Regelverfahren nach § 8 BauGB<sup>2</sup>. Ziel der Aufstellung ist die Schaffung der planerischen Voraussetzungen für die Errichtung einer Photovoltaikanlage im Plangebiet. Zu diesem Zweck wird ein sonstiges Sondergebiet nach § 11 BauNVO<sup>3</sup> mit der Zweckbestimmung Solar, unterteilt in 4 Teilbereiche, Waldflächen und Flächen für die Landwirtschaft ausgewiesen.

Die erforderliche Anpassung des FNP<sup>4</sup> erfolgt im Parallelverfahren.

Bereits mit Stellungnahme 228/22 T26 als Bestandteil der Gesamtstellungnahme LFU-TOEB-3700/705+38#385698/2022 vom 17.11.2022 hatte ich mich zum Vorentwurf des Plans geäußert.

## 2. Stellungnahme

### Rechtsgrundlage

Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)<sup>5</sup> sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht etc. darstellen. Hinsichtlich des Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1, bei einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm<sup>6</sup>. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm<sup>7</sup> zu beurteilen, die Bewertung von Staubbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA Luft<sup>8</sup>. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie<sup>9</sup> ermittelt, mögliche Beeinträchtigungen durch Erschütterungen mittels der Erschütterungsleitlinie<sup>10</sup>. Hinsichtlich

---

<sup>1</sup> OT = Ortsteil

<sup>2</sup> Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 28.7.2023 I Nr. 221

<sup>3</sup> Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)

<sup>4</sup> FNP - Flächennutzungsplan

<sup>5</sup> Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) vom 15.03.1974, zuletzt geändert durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202)

<sup>6</sup> Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5)

<sup>7</sup> Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmissionen – vom 19. August 1970 (Beilage zum BAnz Nr. 160 vom 1. September 1970)

<sup>8</sup> Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) vom 24. Juli 2002, GMBI. 2002, Heft 25 – 29, S. 511 – 60, neu gefasst am 18.08.2021 (GMBI Nr. 48-54/2021 S. 1050ff)

<sup>9</sup> Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014, (ABl./14, [Nr. 21], S.691), zuletzt geändert durch Erlass des MLUK vom 17. September 2021, (ABl./21, [Nr. 40], S.779)

<sup>10</sup> Leitlinie zur Messung, Beurteilung und Verminderung von Erschütterungsimmissionen (Erschütterungs-Leitlinie) vom 10.01.2022

der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).

#### Planumfeld

Das Plangebiet liegt westlich des Ortsteils Rietz der Gemeinde Kloster Lehnin auf bisher überwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen. Auf Grund der Unterteilung des Plangebiets in 4 Teilflächen erscheint es aus Übersichtsgründen besser, die Anlagenumgebung zumindest überwiegend an den gewählten Teilflächen zu orientieren. An Teilfläche 1 schließen im Norden und Osten Flächen für die Landwirtschaft an, im Süden der Verlauf der K6949, daran anschließend die Teilflächen 2 und 3 des Plangebiets, im Westen Waldflächen.

Da die Teilflächen 2 und 3 lediglich durch einen Gehölzstreifen voneinander getrennt sind, fasse ich sie hier zusammen: im Norden grenzt die K6949 an, daran anschließend die Teilfläche 1 des Plangebiets, im Nordwesten Waldflächen, im Nordosten Flächen für die Landwirtschaft, im Osten Flächen für die Landwirtschaft, im Süden der Verlauf der „Alten Heerstraße“, Flächen für die Landwirtschaft, Waldflächen, die Teilfläche 4 des Plangebiets und eine Tierhaltungsanlage, im Westen eine kleine Waldfläche, daran anschließend Flächen für die Landwirtschaft und ein Gewerbegebiet.

An Teilfläche 4 grenzt im Norden die „Alte Heerstraße“, die Teilfläche 3 des Plangebiets sowie Waldflächen, im Osten eine Tierhaltungsanlage und Waldflächen, im Süden Waldflächen und Flächen für die Landwirtschaft, im Westen Wald- und Grünflächen sowie daran angrenzend ein Gewerbegebiet. Der Planungsgrundsatz des § 50 BImSchG wird erfüllt.

#### Schutzanspruch

Da sich innerhalb des Plangebiets keine Immissionsorte im Sinne des BImSchG befinden und deren Errichtung im Plangebiet auch nicht vorgesehen ist, entfällt ein Schutzanspruch in Bezug auf die Belange des Immissionsschutzes für das Plangebiet.

#### Immissionssituation

Vom Plangebiet gehen bei üblicher Nutzung Emissionen in Form von Licht (Blendwirkung) und Lärm aus, die grundsätzlich geeignet wären, in angrenzenden schutzwürdigen Gebieten zu Überschreitungen von Grenz-, Richt- oder Orientierungswerten zu führen.

Auf das Plangebiet wirken mangels Immissionsort keine unzulässigen Immissionen ein.

Auf Grund der konkreten örtlichen Gegebenheiten ist eine mögliche Blendwirkung auf die K6949, die „Alte Heerstraße“ sowie die Tierhaltungsanlage (Emerald Irish Porc GmbH) nicht auszuschließen und daher näher zu betrachten. Auf die Betrachtung der Tierhaltungsanlage kann verzichtet werden, wenn sich Büro- Aufenthalts- und Arbeitsräume der Anlage mehr als 100 m von den Modulen entfernt befinden oder Sichtschutz zu den Modulen besteht.

#### Umweltbericht

Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes maßgeblich sind die Schutzgüter Mensch / menschliche Gesundheit, Klima und Luft. In verbaler Form ist der Ist- mit dem Planzustand zu vergleichen bei dem Schutzgut Klima sind mögliche kleinräumige und großräumige Auswirkungen der Planung aufzuzeigen.

### **3. Fazit**

Derzeit sind keine Hinderungsgründe für das Vorhaben in Bezug auf die Belange des Immissionsschutzes zu erkennen, eine abschließende Bewertung ist aber erst nach Vervollständigung der Unterlagen entsprechend der Aussagen unter den Punkten „Immissionssituation“ und „Umweltbericht“ möglich.

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.

Maik Gruber

Dieses Dokument wurde am 24.01.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.